

KOMMENTAR

Islamvertrag mit Kriegstreibern?

Hamburgs Senat darf unsere Werte nicht preisgeben

JENS MEYER-WELLMANN

Städte gelten als Laboratorien der Zukunft. Hier leben so unterschiedliche Menschen so nah zusammen, dass sie sich nicht nur häufiger mal gegenseitig auf den Geist gehen – sondern sich auch fortwährend mit Ideen gegenseitig befruchten. Eine Voraussetzung ist, dass sich die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit mit Respekt begegnen. Das war ein Grundgedanke, der 2012 zum Abschluss der Verträge Hamburgs mit den Islamverbänden führte. Man einigte sich auf die gemeinsame Gestaltung des Religionsunterrichts, die rechtliche Anerkennung islamischer Feiertage – und eine gemeinsame Wertegrundlage.

Dass es damit nicht sehr weit her ist, hat sich zuletzt leider immer wieder gezeigt. Anfang 2017 waren aus der türkisch-islamischen Religionsanstalt Ditiib, einem der Vertragspartner, Zeichnungen verbreitet worden, in denen der Märtyrertod verherrlicht oder das Weihnachtsfest verächtlich gemacht wurden. Vertreter des aus dem Iran gesteuerten Islamischen Zentrums Hamburg, Träger der Blauen Moschee an der Alster und ebenfalls ein Partner, haben immer wieder am israelfeindlichen Al-Quds-Tag teilgenommen. Und jetzt bejubeln Ditiib-Gruppen und der Chef des am Vertrag beteiligten Rates der islamischen Gemeinschaften (Schura), Mustafa Yoldas, den türkischen Militäreinsatz gegen Kurden mit martialischen Worten und Bildern. Da werden Märtyrer gepriesen („Einer stirbt, Tausende werden geboren“), Allah angerufen und die Gegner des Militäreinsatzes als „sabbernd und bellend“ beschrieben.

All das hat mit gemeinsamen Werten nichts zu tun. Es wird Zeit, dass der Senat ein Stoppsignal gibt. Friedliches Zusammenleben organisiert man nicht, indem man sich von Extremisten und Nationalisten für dumm verkaufen lässt. Wer für Werte einstehen will, der muss sich auch mal dafür gerade machen.

Seite 12 Bericht

ZITAT DES TAGES

Der Anschlag konnte mich nicht fertigmachen, also kann mich nichts fertigmachen

Der BVB-Profi Marc Bartra über den Anschlag auf den Teambus von Borussia Dortmund. Gestern sagte er im Prozess gegen den Angeklagten Sergej W. aus

DEUTSCHSTUNDE

Ewig und ohne Ende rollt Sisyphos den Stein

Niemand will mit ihm tauschen, und niemand sollte ihn verwechseln. „Leere Worte“ sind häufig gar nicht leer

PETER SCHMACHTHAGEN

„Politik verkommt zu einem Gerede von leeren Worten“, beklagte laut „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ) die fraktionslose hessische Landtagsabgeordnete Mürvet Öztürk den Stil der Debatten und Programme. Allerdings ist zu fragen, ob die Klage über leere Worte nicht selbst ein leeres Wort ist, denn diese Politikerin kann sehr wortreich werden, wenn sie fordert, die Begriffe „Integration“ und „Migrationshintergrund“ abzuschaffen. Solche Ausdrücke seien „diskriminierend“ und „rassistisch“, womit wir wieder bei dem Schlagwort-Argument der Political Correctness und der Lübecker Othelloorte sind. Leere Worte lassen sich nicht anreichern, wenn wir sie zu angeblich bösen Wörtern auf dem Index der selbst ernannten Sprachpolizei machen.

Wir erfahren zurzeit, wie verbissen in den Koalitionsverhandlungen um jedes Wort gerungen wird. Dabei scheint es um Formulierungen zur Rettung der bisherigen Volksparteien zu gehen, deren Zukunft von der Zustimmung der Jungsozialisten abhängen könnte, die heutzutage nicht mehr im Blaumann und Arbeitsjacke, sondern als Jungaka-

demiker mit Starfrisur und Designerbrille daherkommen. Ob sich das drängende Problem der Migration auf diese Weise lösen wird, bleibt abzuwarten.

Diese Frage bedrängte, wiederum laut „FAZ“, auch einen südhessischen Bürgermeister, der sich bei der Landesregierung beschwerte, der Probleme mit Migration und Integration nicht mehr Herr zu werden, denn es handele sich inzwischen um eine „Syphilis“-Aufgabe, der sich sein Ort gegenübersehe. Merke: Wer seiner Aussage durch Fremdwörter Nachdruck verleihen will, sollte sie nicht verwechseln. Sonst wirken sie peinlich.

Unser Bürgermeister verhedderte sich in den Sagenfiguren Sisyphos (griech. Sisyphos) und Syphilus. Bei Sisyphos handelte es sich um den ersten König von Korinth, der als Urbild eines



Der Verfasser, früherer Chef vom Dienst des Abendblatts, schreibt hier an jedem Dienstag über die Tücken der deutschen Sprache

Frevlers galt, dem es aber immer wieder gelang, dem Tod zu entkommen – bis ihn die Götter dazu verdammt, in alle Ewigkeit einen schweren Felsblock eines steilen Hang hinaufzuwälzen. Kurz vor dem Gipfel rollt der Stein wieder ins Tal hinab, und Sisyphos muss diese Sisyphusarbeit, die nie zu Ende gehen wird, von Neuem beginnen (Homers „Odyssee“ XI, 593–600).

Das lateinische Lehrgedicht „Syphilis sive de morbo gallico“ aus dem 16. Jahrhundert erzählt die Geschichte eines an Syphilis erkrankten Hirten namens Syphilus. Nach ihm wird die schwerste Geschlechtskrankheit Syphilis genannt. Das hat aber nichts mit den Zugewanderten zu tun. Manchmal sind Zitate halt Glückssache.

Ein anderer im Lande verwurzelter Heimatrufer forderte die traditionalistischen deutschen Werte ein. Diese Wortwahl zeigt, dass man bei Zitaten und Schlagwörtern nicht nur die Namen, sondern auch die Endungen beachten muss. Ich nehme an, der Mann wollte an die traditionellen Werte erinnern. Die Adjektivendung -istisch fasst eine Richtung, einen Stil oder eine politische Meinung zusammen, teilweise aber mit abwertender oder überzogener Bedeu-

tung. So kann aus einer nationalen Einstellung leicht eine nationalistische Bewegung werden. Vielleicht ist das auch der Grund, dass manche Universitäten ein germanisches, andere aber ein germanistisches Seminar unterhalten.

Die Endung maskuliner Substantive auf -ismus haben unterschiedliche Bedeutung: 1. Lehrmeinung oder Richtung (Impressionismus); 2. Gesamtheit von Vorgängen (Organismus); 3. Abweichungen (Mongolismus); 4. Spracheigentümlichkeiten (Amerikanismus); 5. Gesamtheit bestimmter Einstellungen, doch auch hier teilweise mit abwertender Bedeutung (Provinzialismus, Fanatismus). Entsprechende feminine Substantive mit der Bedeutung „Wissenschaft, Lehre“ enden auf -istik (Romanistik, Heuristik).

Noch eine Oktave höher geht es am Ende eines Fremdwortes zu, wenn wir auf die Endung -izismus treffen. Dann haben wir es mit einer Substantivierung eines Adjektivs auf -isch zu tun, etwa Klassizismus (von klassisch) oder Biblizismus (von biblisch). Diese Maskulina drücken eine Nachahmung, Verstärkung oder Übertragung aus.

deutschstunde@t-online.de



LEITARTIKEL

Retten, was zu retten ist

Noch ist es nicht zu spät: Warum die Kirche ihren Schulen eine Chance geben kann

MATTHIAS IKEN

Sollte die Kirchenleitung geglaubt haben, die Empörung und Wut über die beabsichtigte Schließung von acht der 21 katholischen Schulen werde rasch verlaufen, so hat sie sich geirrt. Ganz im Gegenteil wächst sich eine Nachricht, die zunächst nur wenige Stadtteile betraf, zu einem Thema von nationalem Interesse aus. Mit Befremden blicken nicht nur andere Bistümer auf die Geschehnisse in Hamburg, sondern auch überregionale Medien.

Dieser Druck ist für die Beteiligten brutal. Die Kirche will und muss sparen. Sie möchte die Schulen nicht aus Jux und Tollerei schließen, sondern um die verbleibenden 13 Schulen langfristig zu sichern. Doch wer sich im Recht wähnt, fühlt sich schnell ungerecht behandelt und verschanzte sich in seiner Wagenburg. So verschließt man sich gegenüber Argumenten und will sich nur noch selbst retten.

Diese Haltung ist menschlich. Aber in der Debatte um die Zukunft der katholischen Schulen geht es nicht um die Rettung eines Sparprogramms, das Berater von Ernst & Young erarbeitet haben. Es geht längst um viel mehr: Die Rettung der katholischen Schulen und damit um einen Kern des Christentums im säkularisierten Hamburg.

Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass die soziale Fürsorge die

katholischen Schulen noch tiefer in die Krise gestürzt hat. Einkommensschwache Eltern zahlen kein Schulgeld; so nehmen die Katholiken im Schnitt nur 43 Euro pro Kind, andere Privatschulen hingegen liegen nahe an den Höchstätzen von 200 Euro. Es entlarvt die Logik der Unternehmensberater, nun vor allem Schulen in ärmeren Stadtteilen wie Harburg, Altona, Barmbek und St. Georg zu streichen – sie rechnen sich nicht. Dabei hatte das Zweite Vatikanische Konzil formuliert, dass sich katholische Schulen „besonders derjenigen annehmen, die arm sind an zeitlichen Gütern, den Schutz und die Liebe der Familie entbehren müssen oder der Gnade des Glaubens fern stehen“.

Die Kirche hat nicht nur bei der Auswahl ihrer Berater, sondern auch in der Kommunikation mit den Betroffenen und der Stadt Fehler gemacht. Aber Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Es geht um die Zukunft. Und da wäre es ein noch größerer Fehler, nun auf stur zu schalten.



Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur des Abendblatts

Die Reaktion in der Öffentlichkeit zeigt ja, wie wichtig vielen Menschen die katholischen Schulen, ihre Werteorientierung und ihr Bildungsverständnis sind. Es muss darum gehen, diese Enttäuschung in Engagement, die Wut in Mut, den Abbruch in Aufbruch zu verwandeln. Nicht nur viele Privatleute und die Politik, sondern auch Unternehmen haben deutlich gemacht, dass sie finanziell wie organisatorisch helfen wollen. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit, weil die Anmelderunden für die Schulen längst laufen. Die Kirche muss die katholischen Schulen rasch wieder ins Spiel nehmen, um zu retten, was zu retten ist. Zugleich gilt dann: Wer nicht zu retten war, hat es jedenfalls versucht. Genau das wäre das Signal der Kirchenleitung an ihre Gemeinde, dass erhofft, ersehnt, erlebt wird. Erzbischof Stefan Heße hat in seiner Predigt zu den Schulschließungen erstmals Versäumnisse und Fehler eingestanden. Nun ist es an ihm, einen weiteren Schritt zu wagen und die helfenden Hände zu ergreifen. Die katholischen Schulen „werden auch künftig einen herausgehobenen Platz im Gesamtgefüge des kirchlichen Engagements innehaben“, hieß es in einem Dokument der deutschen Bischöfe von 2016. In Hamburg wird sich zeigen, was dieses Papier wert ist.

Seite 10 Bericht

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Glaubwürdigkeit verloren

27. Januar: „Schwarz-Rot will in zehn Tagen einig sein“

Sowohl am Wahlabend im September als auch nach dem Ende der Jamaika-Verhandlungen schloss Martin Schulz eine erneute Große Koalition kategorisch aus. Den anschließenden Kurswechsel um 180 Grad begründet er mit den mahnenden Worten des Bundespräsidenten und der staatspolitischen Verantwortung, der sich die SPD nicht entziehen könne. Dieser Argumentation haben sich Teile der Sozialdemokratie und der Öffentlichkeit mehr oder weniger überzeugt angeschlossen. Nun will Martin Schulz eine weitere Ankündigung rückgängig machen: Sein bereits vor der Wahl abgegebenes Versprechen, unter gar keinen Umständen ein Ministeramt in einer Regierung unter Führung von Angela Merkel anzustreben, soll plötzlich nicht mehr gelten. Mit diesem weiteren Kurswechsel hat der SPD-Vorsitzende für mich den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verloren. Ich halte es für ausgeschlossen, dass der Bundespräsident Martin Schulz aufgefordert haben könnte, Minister zu werden. Und dass es der staatspolitischen Verantwortung dienen könnte, wenn er dem Kabinetts von Kanzlerin Merkel angehört, kann ich auch nicht erkennen. Wie also gedenkt Schulz diesen weiteren höchst peinlichen Schwenk zu begründen? Arme SPD! Weitere Abstürze in der Wählergunst sind programmiert, unabhängig vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen.

Hans-Jörg Bieger, Hamburg

Schnellbuslinien umwandeln

26. Januar: „HVV verkleinert Schnellbus-Netz“

Nachdem es bei den S- und U-Bahnen keine 1. Klasse gibt, ist es anachronistisch, die Zwei-Klassen-Gesellschaft ausgerechnet bei den Hamburger Bussen aufrechtzuerhalten. Es ist schon lange ein Ärgernis, dass eine Fahrt von der S-Bahn-Haltestelle Wilhelmsburg bis zum Hauptbahnhof 3,30 Euro kostet, für drei Haltestellen! Da sollten auf jeden Fall endlich die Grenzen der Tarifzonen verschoben werden. Nun erfahren wir, dass es möglich ist, die Schnellbuslinien in Stadtbus- oder Metrobuslinien umzuwandeln. Warum erfolgt das nicht auch für den Schnellbus 34? Das wäre eine einfache Möglichkeit, die übervollen Linien S3 und S31 zu entlasten. Dann könnten auch Rentner und Rentnerinnen mit Seniorenticket per Bus in die Stadt fahren. Das dicke Haltestellennetz würde sicher viele, die nicht am S-Bahnhof wohnen, zur Bus-Nutzung veranlassen. Damit würden nicht nur die S-Bahnen, sondern auch der übervolle Hauptbahnhof entlastet.

Marianne Groß, Wilhelmsburg

Kompetenz gefragt

26. Januar: „Elbvertiefung – Stadt zahlt Geld an die Gegner“

Ein Schlag ins Gesicht aller Ehrenamtlichen, besonders auch der für Hamburg ehrenamtlich tätigen Wasser- und Bodenverbände, die in weiten Teilen Hamburgs den Behörden die Arbeit abnehmen und rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche für eine geordnete Gebietsentwässerung zum Nutzen Hamburger Bürger sorgen. Auch ihre Kompetenz ist im Forum Tideelbe besonders zu

Fragen möglicher Tidedämpfung beim Meeresspiegelanstieg und Vermeidung der Verschlickung von Sportboothäfen und Nebenelben gefragt und wird dort gegenüber anderen einseitigen Interessen, wie z. B. überzogenem Naturschutz, vertreten. Es ist empörend, wie hier mit Staatsgeldern politische Interessen einseitig zugunsten des sogenannten Umweltschutzes manipuliert werden, um den Bürgersinn zum Nutzen der Region unter den Tisch zu diskutieren. Dies wird hoffentlich die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik jetzt zum Umdenken bewegen, dass die Teilnahme der Vertreter von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen am Forum Tideelbe zum gemeinsamen Nutzen nicht gefährdet wird, sondern erfolgreich weitergeführt werden kann.

Klaus Thiesen, Hamburgische Wasser- und Bodenverbände.

Den Blick immer nach links wenden

27. Januar: „Todesursache toter Winkel.“ „Immer mehr Radfahrer sterben durch abbiegende Lastwagen. Technik, um die Unfälle zu verhindern, gibt es längst“

Es ist immer wieder erschütternd, von Menschen, vor allem von Kindern, zu lesen, die auf diese Weise schwer verletzt wurden oder zu Tode gekommen sind. Dabei ließe sich eine Entschärfung der Situation erzielen, wenn Radler und Fußgänger bei Grün darauf achten würden, ob links von ihnen ein Rechtsabbieger ebenfalls Grün hat und anfahren will. Nichts geht über den Augenkontakt vorher. Ich bin seit mehr als 50 Jahren mit dem Fahrrad unterwegs, aber mir wohl bewusst, dass ich in solcher Situation auf jeden Fall der Unterlegene sein werde. Natürlich weiß ich, dass der Rechtsabbieger neben mir warten müsste. Doch wenn er mich nicht sieht? Schon vom Kindergarten an sollten die Kleinen lernen, dass bei Grün immer der Blick nach links gehen muss, und erst, wenn sicher ist, dass keiner kommt, die Straße überquert werden darf. Was nützt mir mein Recht, wenn ich im Krankenhaus lande?

Dr. Gunter Alfke, Hamburg

Nicht mehr an der Schraube drehen

29. Januar: „Der Mann an deiner Seite“

„Ich weiß, was es heißt, wenn ein Kind nicht zum Kindergeburtstag kommen kann, weil die Mutter sich ein Geschenk nicht leisten kann“, sagt Annalena Baerbock, neue Grünen-Vorsitzende zu Recht. Der Kindergeburtstags-hype hat in meinem Umfeld solche Ausmaße angenommen, dass manche Kinder abgehängt werden. Da geht es nicht nur um die aufwendige Geburtstagsfeier und einen Geschenkwettbewerb für das Geburtstagskind, nein, da muss jeder Gast auch mit Gaben nach Hause gehen – und alles unter dem Motto „Wer bietet am meisten“. Für viele Familien purer Psychostress, wenn nicht teure Agenturen oder Restaurants das Geburtstags-event gegen gute Bezahlung übernehmen. Ob man an der Schraube weiterdreht, sollte jeder sich gut überlegen, auch die gut Verdienenden.

Uwe-Carsten Edeler, Hamburg

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Briefe auch auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an briefe@abendblatt.de oder per Post an das Hamburger Abendblatt, 20445 Hamburg

PRESSESCHAU

Zu Abgastests

Die Entdeckung von Affen- oder Menschenentest, mittels derer vermutlich die Harmlosigkeit der Abgase bewiesen werden sollte, stellen eine weitere Variante des Slogans dar: Wir haben nicht verstanden. Nämlich gar nichts verstanden. Die deutschen Autobauer sind dabei, allen Kredit zu verspielen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die ... Menschenversuche sind völlig anderer Natur. Die Tests wurden durchgeführt, um Grenzwerte für Stickstoffdioxid infrage zu stellen. Man setzte Menschen dem Gas aus, um zu zeigen: Passiert nichts, ist halb so wild. ... Es bleibt unfassbar, dass diese Tests von einer Branche veranlasst wurden, die seit Jahren systematisch und mit teils betrügerischen Methoden die NO₂-Belastung durch ihre Erzeugnisse heruntermanipulierte. Ebenso, dass dies in einem Land geschieht, in dem die Begriffe „Menschenversuch“ und „Gas“ ein

Tabu markieren sollten, dies aber offenbar nicht mehr tun.

FRANKFURTER RUNDSCHAU

Volkswagens Entschuldigung stinkt zum Himmel. Der Konzern spricht vom „Vergehen Einzelner“. Wie schon beim Abgasskandal. Das obere Management will von alledem nichts gewusst haben. Um nicht bestraft zu werden. Was bei der Trickserie mit den Abgaswerten noch funktioniert. Im Knast sitzen Mitarbeiter aus der dritten oder vierten Reihe. Schon erstaunlich, dass Vorstände damit leben können.

FLENSBURGER TAGEBLATT

Die deutsche Autoindustrie hat sich mit dem Versuch, den wissenschaftlichen Sachstand zur Abgaswirkung im Körper mit bestellen und überdies fragwürdigen Forschungsstudien auszuhebeln und so ihren Kritikern ans Schienbein zu fahren, hochgradig blamiert. Nein, das Forschungsland Deutschland ist blamiert.

FRANKFURTER ALLGEMEINE